

Pressemitteilung

28. September 2020

Psychiatrie in Zeiten der Corona-Pandemie

Psychiatrieausschuss legt seinen 27. Jahresbericht vor

Am 30. September 2020 überreicht der Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung des Landes Sachsen-Anhalt seinen 27. Jahresbericht der Landtagspräsidentin und der Sozialstaatssekretärin.

Die Neufassung des PsychKG LSA wurde endlich am 11.09.2020 im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration beschlossen und dem Landtag vorgelegt. Substantielle Forderungen des Psychiatrieausschusses für eine gemeindenahe, vernetzte, personenzentrierte und bedarfsgerechte psychiatrische Versorgung haben Eingang in das Gesetz gefunden. Nach Inkrafttreten des Gesetzes gilt es, dessen Umsetzung zu begleiten.

Neben den Berichten der regionalen Besuchskommissionen behandelt der 27. Bericht folgende vordringliche Themen:

- Die Corona-Pandemie mit gravierenden Folgen für die psychiatrische Versorgung.
- Die PPP-RL des G-BA (Richtlinie zur Personalbemessung) für die psychiatrischen, kinder- und jugendpsychiatrischen und psychosomatischen Kliniken – aktueller Sachstand bei erheblichem Fachkräftemangel in allen relevanten Berufsgruppen.
- Leistungsberechtigte nach § 35a SGB VIII – ein unverändertes Problem für die Kinder- und Jugendpsychiatrie und die Jugendhilfe.
- Ein Meilenstein der letzten Berichtsperiode war die Vorlage des FOGS-Berichtes zur Analyse der psychiatrischen Versorgung in Sachsen-Anhalt. Wie sieht die Umsetzung mehr als 1,5 Jahre später aus?
- Die Neufassung des Psychotherapeutengesetzes vom Herbst 2019 ermöglicht ab dem Wintersemester 2020/21 ein Direktstudium „Psychotherapie“ mit Abschluss Approbation. Wo steht Sachsen-Anhalt bei der Einrichtung des neuen Studienganges?

Als weiteres akutes Problem entwickelt sich derzeit die Belegungssituation in den Maßregelvollzugseinrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt. Dem Ausschuss liegen Informationen vor, dass alle Einrichtungen bereits erheblich überbelegt sind. Damit einher geht der anhaltende Fachkräftemangel. Hier ist die Landesregierung gefordert, drohende unhaltbare Zustände zu verhindern.

Univ.-Prof. Dr. med. Hans-Henning Flechtner
Ausschussvorsitzender